

Antrag

der AfD-Fraktion

Hinderlich, kostspielig und riskant - Gescheitertes Digitalisierungsexperiment im Bildungssystem beenden

Der Landtag stellt fest:

1. Das Brandenburger Schul- und Bildungssystem befindet sich infolge grundlegender politischer Fehlentscheidungen in einer schweren Krise, die sich insbesondere in zunehmend desaströsen Ergebnissen Brandenburger Schüler in nationalen und internationalen Leistungsvergleichsstudien niederschlägt.
2. Die Landesregierung hat auf die herrschende Bildungskrise keine Antwort. Die wenigen bislang eingeleiteten Gegenmaßnahmen sind weder ausreichend noch in irgendeiner Weise geeignet, den weiteren Niedergang des Bildungssystems zu bremsen, geschweige denn zu stoppen oder gar umzukehren.
3. Die Landesregierung kann den von ihr wiederholt behaupteten positiven Nutzen digitaler Lehr-Lern-Werkzeuge in Hinblick auf die Herstellung von „Bildungsgerechtigkeit“ sowie die Persönlichkeitsentwicklung und den damit angeblich verbundenen Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen nicht beweisen. Die spätestens seit den Corona-Zwangmaßnahmen massiv vorangetriebene Digitalisierung des Brandenburger Bildungssystems blendet die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Erfahrungen anderer (europäischer) Länder zu den mit dieser Entwicklung einhergehenden Risiken für die Kinder und Jugendlichen konsequent aus. Die zunehmende Digitalisierung des Lehr-Lern-Prozesses ist weder neurobiologisch noch entwicklungs- oder lernpsychologisch noch pädagogisch in irgendeiner Weise zu rechtfertigen und muss daher unverzüglich beendet werden.
4. Die als alternativlos dargestellte „digitale Transformation“ des Brandenburger Bildungssystems geht mit exorbitanten Kosten in dreistelliger Millionenhöhe zulasten des Steuerzahlers einher, ohne dass die zugesagten positiven Auswirkungen im Schul- und Bildungsbereich sichtbar oder messbar wären.
5. Die Digitalisierung dient vorrangig dem wirtschaftlichen Interesse und der Profitmaximierung großer IT-Unternehmen, aber keinesfalls dem Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen.
6. Der Landtag begrüßt ausdrücklich jede Maßnahme im Bereich der Digitalisierung, durch welche sich die Arbeitsbelastung von Erziehern und Lehrern spürbar reduzieren lässt.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sämtliche bestehenden Bund-Länder- oder landeseigenen Programme zur flächendeckenden Ausstattung von Grundschulern mit schuleigenen digitalen Endgeräten oder digitalen Leihgeräten sowie zum Ankauf „digitaler Bildungsmedien“ oder KI-gestützter Lehrsysteme umgehend einzustellen.
2. die Verwendung digitaler Endgeräte und Medien in der frühkindlichen Bildung sowie deren Nutzung als Lehr-Lern-Werkzeug im Primarbereich bis zum Ende der Jahrgangsstufe 6 ausdrücklich zu untersagen.
3. in Anlehnung an bereits bestehende oder angekündigte Regelungen wie etwa in Frankreich (2010/2018) oder den Niederlanden (avisiert für 2024) die Verwendung privater internetfähiger digitaler Endgeräte (u. a. Smartphones, Tablets und Smartwatches) für Lern- oder Freizeitaktivitäten von Schülern auf dem Schulgelände für die Dauer des gesamten Unterrichtstages in allen Jahrgangsstufen mit Ausnahme der gymnasialen Oberstufe zu untersagen, sofern diese nicht im Rahmen des Informatikunterrichts der Sekundarstufe I ausdrücklich vorgesehen oder zum Erreichen eines konkreten didaktisch-methodischen Ziels absolut notwendig sind.
4. sich an der Umsetzung des von der Bundesregierung geplanten „DigitalPakts Schule 2.0“ nicht zu beteiligen, wenn mit diesem nicht nur das Ziel des Abbaus administrativen Mehraufwands für Erzieher und Lehrer verfolgt wird, sondern erneut der Ausbau der sogenannten digitalen Bildung.
5. den wiederkehrenden Forderungen von Stiftungen und Initiativen nach einem „DigitalPakt Kita“ zum Zwecke der Stärkung kleinkindlicher „Medienkompetenz“ eine Absage zu erteilen.
6. in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz Eltern, Erzieher und Lehrer in geeigneter Form über die gesundheitlichen, psychosozialen und Bildungs-Risiken bei der Nutzung digitaler Endgeräte und Angebote durch Kinder und Jugendliche umfassend aufzuklären sowie die Elternhäuser durch Handreichungen u. Ä. zur Unterstützung ihrer Kinder beim Schriftspracherwerb aufzurufen.

Begründung:

Das Schul- und Bildungssystem befindet sich in der schwersten Krise seit der Neugründung des Landes Brandenburg 1990. Diese Krise ist hausgemacht und Folge gravierender politischer Fehlentscheidungen. Die falschen bildungspolitischen Weichenstellungen der letzten Jahrzehnte haben die Substanz des Schul- und Bildungssystems ausgezehrt und dessen Leistungsfähigkeit massiv geschwächt - zum Leidwesen der jetzigen und der nachwachsenden Schülergeneration. Nicht zuletzt die desaströsen Corona-Zwangmaßnahmen der Landesregierung haben die Schwachstellen im Bildungssystem schonungslos offengelegt und die bestehenden Probleme deutlich verschärft.

Dies schlägt sich nicht zuletzt in dem miserablen Abschneiden Brandenburger Schüler, etwa im IQB-Bildungstrend 2021, nieder: Wenn 21,6 Prozent der Brandenburger Grundschulkin-der am Ende der vierten Klasse nicht mehr lesen, 29,2 Prozent nicht mehr rechnen und inakzeptable 45,7 Prozent nicht mehr schreiben können, dann zeigt dies die ganze Dys-funktionalität des Schul- und Bildungssystems in seiner momentanen Beschaffenheit auf. Bestätigt werden diese Ergebnisse durch sämtliche internationalen wie nationalen Ver-gleichsstudien, wie zuletzt durch PISA. Neu ist diese Entwicklung allerdings nicht: Der Ne-gativtrend bei den Leistungen Brandenburger Schüler zeichnete sich spätestens mit den Ergebnissen des IQB-Bildungstrends 2016 (ebenfalls für Viertklässler) ab. Zur Bewältigung der Bildungskrise hätte es längst einer großen Kraftanstrengung mit zielgerichteten Gegen-maßnahmen bedurft. Die Landesregierung war bzw. ist hierzu allerdings offenkundig weder gewillt noch in der Lage. Eine Kurskorrektur ist nicht erkennbar. Das Versagen der derzeit (bildungs-)politisch Verantwortlichen wird dabei beim Thema „Digitalisierung“ besonders deutlich:

Spätestens mit dem Einleiten der Corona-Zwangmaßnahmen werden die Digitalisierung des Bildungssystems und die Verwendung digitaler Werkzeuge im Unterricht praktisch als Allzweckwaffe zur Bewältigung aller möglichen Herausforderungen propagiert, mit denen sich das Brandenburger Bildungssystem konfrontiert sieht.

Die von großen Teilen der Politik und IT-Unternehmen wiederholt vorgetragene Behauptung, mehr digitale Bildung sei die Zukunft und führe nicht nur zu einem moderneren, schülerori-entierteren, lernerfolgsförderlicheren und effektiveren Lehr-Lern-Prozess in der Schule so-wie zu mehr Bildungsgerechtigkeit, ist spätestens mit der Stellungnahme des renommierten Stockholmer Karolinska Institutet¹ vom 28. April 2023 zum „Vorschlag für eine nationale Di-gitalisierungsstrategie für das Schulsystem 2023–2027“ der „Nationalen Agentur für Bil-dung“, die dem schwedischen Bildungsministerium unterstellt ist, eindrucksvoll widerlegt worden.

So schlussfolgerten die Autoren u. a.,

1. dass sich die in Schweden in den vergangenen Jahren besonders radikal betriebene Durchdigitalisierung nicht nur von Schulen, sondern auch von Kindergärten und Vor-schulen, auf vollkommen unbewiesenen Behauptungen seitens der Politik begründete, die zu keinem Zeitpunkt evidenzbasiert gewesen seien;²
2. dass in den schwedischen Bildungsbehörden offensichtlich kein Bewusstsein geherrscht habe, „dass die Forschung zweifelsfrei bewiesen hat, dass die Digitalisierung der Schu-len große, negative Auswirkungen auf den Wissenserwerb der Schüler hat“³ und darüber hinaus mit weiteren Risiken für Kinder und Jugendliche behaftet ist, darunter u. a.:
 - die deutliche Abnahme der Konzentrationsfähigkeit,
 - die Ablenkung vom Unterrichtsgeschehen,

¹ Vgl. Ulrika Ådén, Torkel Klingberg, Lisa Thorell et al.: „Entscheidung über den Vorschlag für eine nationale Digitalisierungsstrategie für das Schulsystem 2023–2027“ (Karolinska Institutet) v. 28.04.2023; abrufbar als PDF unter <https://bildung-wissen.eu/fachbeitraege/karolinska-institut-schweden-stellungnahme-zur-nationalen-digitalisierungsstrategie-in-der-bildung.html>, letzter Zugriff: 06.02.2024.

² Vgl. ebd., S. 2.

³ Vgl. ebd.

- die Beeinträchtigung des Arbeitsgedächtnisses,
- die Verlangsamung des Lernprozesses,
- die Abnahme des Leseverständnisses und der Lesegeschwindigkeit,
- die Reduzierung des Wortschatzes,
- die Verzögerung der Sprachentwicklung sowie
- weitere schwerwiegende und teils irreversible Auswirkungen auf die psychosoziale und physische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (darunter Depressionen, Essstörungen, Fettleibigkeit, Defizite in der motorischen Entwicklung).

Die aktuelle Regierung Kristersson reagierte auf diese Stellungnahme auch angesichts der in Schweden einbrechenden Schülerleistungen mit der weitgehenden Rückabwicklung der von der sozialdemokratischen Minderheitsregierung bis zum Regierungswechsel initiierten Digitalisierungsmaßnahmen im Bildungsbereich.⁴

In Deutschland forderten über vierzig Wissenschaftler unterschiedlichster Disziplinen sowie Kinder- und Jugendärzte in einer Mitte November 2023 veröffentlichten gemeinsamen Stellungnahme ein „Moratorium der Digitalisierung insbesondere der frühen Bildung bis zum Ende der Unterstufe“ und warnten davor, „weitere Versuche an schutzbefohlenen Kindern und Jugendlichen mit ungewissem Ausgang“ vorzunehmen. Diese hätten „nur ein Leben, nur eine Bildungsbiografie“, mit der „nicht sorglos umgegangen“ werden dürfe.⁵

Auch die UNESCO übte deutliche Kritik an der Digitalisierungspraxis im Bildungsbereich. So bemängelte die Organisation in ihrem „2023 Global Education Monitor“, dass „Digitalisierung“ noch immer als Selbstzweck, nicht aber als Mittel zum Zweck im Rahmen des Lehr-Lern-Prozesses begriffen werde und darüber hinaus nicht das Wohl der Kinder im Vordergrund stehe, sondern vorrangig das Ziel verfolgt werde, die wirtschaftlichen Interessen einflussreicher Digitalunternehmen zu bedienen.⁶ Tatsächlich verschlingen die Digitalisierungsmaßnahmen im Bildungsbereich im Rahmen der bestehenden Bund-Länder- und länderübergreifenden Programme auch in Brandenburg Summen in dreistelliger Millionenhöhe.⁷

Tatsache ist: Brandenburg beschreitet bei der Digitalisierung des Schul- und Bildungssystems seit Jahren einen gefährlichen Irrweg. Es ist daher dringend geboten, den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Forschung nicht länger zu ignorieren, sondern bekannte und neue Tatsachen angemessen zu würdigen, hieraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und die bis dahin gänzlich unkritisch forcierte Digitalisierung der Bildung einzustellen. Einer zeitintensiven, langwierigen und komplexen Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken digitaler Bildung bedarf es hierfür nicht, da die Ergebnisse einer solchen Bestandsaufnahme bereits durch die Bemühungen anderer (europäischer) Länder vorliegen.

⁴ Vgl. u. a. ORF: „Schwedens Schulen: Mehr Feder und Bleistift statt Tablet, v. 12.09.2023: <https://orf.at/stories/3330743/>, letzter Aufruf: 06.02.2024; Christian Blenker: „Schwedens Bildungspolitik: ‚Wir haben zu viel digital gemacht‘“, in: tagesschau.de v. 17.12.2023: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/schweden-schulen-buecher-100.html>, letzter Aufruf: 06.02.2024.

⁵ Abrufbar als Kurz- und Langfassung unter: <https://bildung-wissen.eu/fachbeitraege/wissenschaftler-fordern-moratorium-der-digitalisierung-in-kitas-und-schulen.html>, letzter Aufruf: 06.02.2024.

⁶ Vgl. <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000386147/PDF/386147eng.pdf.multi>, letzter Aufruf: 06.02.2024.

⁷ Vgl. hierzu u. a. die Kostenauflistung in der Pressemitteilung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport: „83.000 Endgeräte, Schul-Cloud, Online-Tools: Brandenburgs Schulen sind auf dem Weg ins digitale Zeitalter“, v. 30.01.2023: <https://mbjs.brandenburg.de/aktuelles/pressemitteilungen.html?news=bb1.c.753412.de>, letzter Aufruf: 07.02.2024.

Zudem sind Maßnahmen notwendig, um den nachweisbar ausufernden Konsum digitaler Medien, der bereits im Kleinkindalter einsetzt, und das damit zusammenhängende Sucht- und Missbrauchspotenzial zumindest im Verantwortungsbereich von Kindergärten und Schulen zurückzudrängen. Ziel muss es sein, Kindergärten und Schulen als digitalfreie Rückzugsorte zu konzipieren. Das 2010 in Frankreich eingeführte Handyverbot, welches 2018 auf alle privaten digitalen Endgeräte ausgedehnt wurde, sowie entsprechende für die niederländischen Schulen im Verlauf des Jahres 2024 vorgesehene Maßnahmen können hierbei als Vorbild dienen.⁸

Gleichsam ist sicherzustellen, dass eine Ausweitung „digitaler Lehr-Lern-Werkzeuge“ auf frühkindliche Bildungseinrichtungen auch zukünftig ausgeschlossen bleibt. So wurde und wird seitens verschiedener Interessensgruppen wiederholt ein „DigitalPakt Kita“ gefordert, weil die „Medienkompetenz“ bereits von Kleinkindern gefördert und gestärkt werden müsse.⁹ Auch hierbei handelt es sich um eine vollkommen unbewiesene Behauptung, die einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhält. Tatsache ist, dass Kinder bis zum dreizehnten Lebensjahr weder kognitiv noch entwicklungsbiologisch in der Lage sind - und auch nicht sein können! -, sich „kritisch“ und „reflektierend“ in irgendeiner Form mit den Inhalten, Möglichkeiten, Risiken und Gefahren der digitalen Welt auseinanderzusetzen.¹⁰ Wer trotz der Fülle der vorliegenden Literatur dennoch weiterhin offensiv die gegenteilige Position vertritt und die Notwendigkeit der „digitalen Bildung“ schon im Elementarbereich unkritisch propagiert, nimmt - siehe allein die Ergebnisse der Karolinska-Stellungnahme - nicht nur eine Überforderung, sondern auch die nachhaltige Schädigung der physischen und psychischen Entwicklung von Kindern billigend in Kauf.

Anders verhält es sich freilich dann, wenn mit zielgerichteten Digitalisierungsmaßnahmen im Schul- und Bildungswesen eine Entlastung des Personals von administrativem Mehraufwand herbeigeführt werden kann. In diesem Fall ist die Ausstattung von Kindergärten und Schulen mit IT-Infrastruktur wie auch die Bereitstellung von digitalen Endgeräten nicht nur wünschenswert, sondern ausdrücklich zu begrüßen.

Alle zukünftigen bildungspolitischen Entscheidungen müssen sich daran messen lassen, ob sie geeignet sind, die Bildungschancen und den Lernerfolg aller Kinder und Jugendlichen wieder zu erhöhen. Zum Erreichen dieses Ziels sind zuvörderst endlich die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um den wachsenden Anteil all jener Schüler radikal zu reduzieren, die die offiziellen Mindeststandards in den grundlegenden Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen gegenwärtig nicht mehr erreichen. Hierbei muss bereits in der frühkindlichen Bildung angesetzt und eine verpflichtend zu besuchende Vorschule eingeführt werden.

⁸ Ein Handyverbot besteht u. a. ebenso in Italien (2007/2022): <https://www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2022/12/tag-Handys-raus-aus-den-Klassenzimmern-5fd1d283-a391-4146-8050-be3217aeb707.html>, letzter Aufruf: 07.02.2024. Die britische Regierung kündigte im Herbst 2023 ein entsprechendes Handyverbot an Schulen an, vgl. <https://www.mopo.de/news/panorama/handyverbot-in-schulen-england-sagt-ja-deutschland-sagt-jein/>, letzter Aufruf: 07.02.2024.

⁹ Vgl. u. a. <https://digitalpaktkita.de/>, letzter Aufruf: 07.02.2024; <https://digitalpaktkitas.de/>, letzter Aufruf: 07.02.2024; <https://www.stiftung-kinder-forschen.de/de/ueberuns/presse/pressemitteilungen/appell-fuer-einen-digitalpakt-kita>, letzter Aufruf: 07.02.2024.

¹⁰ Vgl. hierzu insbesondere Prof. Gerald Lembke, Ingo Leipner: *Die Lüge der digitalen Bildung. Warum unsere Kinder das Lernen verlernen*, München 42020, S. 59–72.

Die Kernfächer Deutsch und Mathematik müssen (zeitlich befristet) massiv gestärkt (vgl. hierzu u. a. Drucksache 7/7825 vom 6. Juni 2023) und die Elternhäuser zur Unterstützung ihrer Kinder beim Schriftspracherwerb ermuntert werden.

Alle Bemühungen zur Erreichung dieses Ziels werden jedoch durch die vollkommen fehlgeleitete Digitalisierung des Bildungsbereichs untergraben. Das gezielte Anbahnen, Aneignen, Automatisieren und das sichere Beherrschen elementarer Kulturtechniken werden durch das sogenannte digitale Lernen nicht erleichtert, sondern vielmehr erschwert.

Die Digitalisierung des Bildungssystems ist weder die Lösung noch eine Antwort auf die Bildungskrise. Im Gegenteil: Sie ist kontraproduktiv, kostspielig, unwissenschaftlich, risikobehaftet - und muss deshalb sofort beendet werden.